

Neue Klimastudie: Dramatische Folgen bereits vor 2050

Eine neue Klimastudie des WWF und der Allianz SE warnt davor die Geschwindigkeit des Klimawandels zu unterschätzen: Unumkehrbare Klimafolgen seien bereits vor 2050 zu erwarten.

Laut der Studie mit dem Titel „Tipping Points“, könnten einzelne Klimaphänomene bereits bald einen Punkt überschreiten, an dem sie nicht wieder umkehrbar seien und auf den Klimawandel sogar noch verstärkend wirken. Diese sogenannten „Tipping Points“ (Kipp-Punkte) - wie die Eisschmelze an den Polen oder das Waldsterben im Amazonas - würden Millionen Menschen und ihre Vermögenswerte direkt bedrohen.

Auch im Hinblick auf den UN-Klimagipfel in Kopenhagen weist die Studie auf die massiven sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen des Klimawandels in den besonders betroffenen Regionen hin.

Demnach befinden sich Küstengebiete wie der Großraum New York in besonderer Gefahr: Diese Gegenden sind sowohl durch Stürme als auch Fluten gefährdet. Bedrohlich ist auch die Lage in Kalifornien und Südeuropa: Hier könnten extreme Dürren zu Problemen bei der Wasserversorgung und in der Landwirtschaft führen.

Höhere Temperaturen und anhaltende Trockenheit könnten aber noch weitaus schlimmere Folgen haben: Laut Studie könnte ab 2050 ein Prozess in Gang gesetzt werden, in dessen Folge bis zu 70 Prozent des Amazonas Regenwaldes innerhalb von 50 Jahren abstirbt. Eine Reduktion der Regenwaldfläche in dieser Größenordnung würde wiederum verstärkend auf den CO₂-Ausstoß der Erde wirken.

Dieser Teufelskreis, so Allianz und WWF, lasse sich nur durch sofortige Reaktion verhindern.

Erklärung 1: „Hamburger Erklärung“ zum weltweiten Klimaschutz

Im Rahmen der Hamburg City Climate Conference Mitte November wurde die „Hamburger Erklärung“ zum Klimaschutz unterzeichnet. Mit diesem Schritt bekräftigten die rund 290 Teilnehmer aus 40 Nationen ihre Solidarität und ihre Verantwortung im Kampf gegen die globale Erderwärmung.

In der Erklärung heißt es hierzu: „Die unterzeichnenden

Städte verpflichten sich, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Klimawandel zu begrenzen und die daraus resultierenden Folgen zu bewältigen.“

Ziel sei es den CO₂-Ausstoß bis 2050 um 50 Prozent zu senken. Bis zum selben Jahr wird angestrebt die benötigte Energie zu 80 Prozent aus Erneuerbaren Energiequellen zu beziehen.

Die Hamburg City Climate Conference wurde von der EU-Initiative „Covenant of Mayors“ angeregt. Diese Initiative hat das Ziel, Bürgermeister weltweit für Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu gewinnen. Hamburg als Gastgeberstadt der Konferenz ist gleichzeitig auch „Europäische Umwelthauptstadt 2011“.

Die verabschiedete „Hamburger Erklärung“ war auch ein klares Signal an den UN-Klimagipfel in Kopenhagen von verbindlichen Reduktionsverpflichtungen bei Treibhausgasen erwartet werden.

Erklärung 2: Wowereit unterzeichnet „Gemeinsame Erklärung der Bürgermeister“

In Hinblick auf den Weltklimagipfel in Kopenhagen hat auch Berlins Regierender Bürgermeister, Klaus Wowereit, eine Klimaschutzerklärung unterschrieben. Die „Gemeinsame Erklärung der Bürgermeister“ unter dem Titel „Kopenhagen: Große Entscheidungen für große Herausforderungen“ wurde unter anderem auch durch die Bürgermeister von Paris, Wien, Tel Aviv, Kopenhagen und Lissabon unterzeichnet.

In ihrer Erklärung wiesen die Bürgermeister darauf hin, dass gerade die Metropolen für einen Großteil der Treibhausgase verantwortlich seien. Gleichzeitig seien diese Städte durch ihre häufig küstennahe Lage auch eines der ersten Opfer von Klimakatastrophen.

Dennoch nehmen die Stadtvertreter in ihrer Erklärung für sich in Anspruch als einer der ersten strategisch gehandelt zu haben. So verwies Wowereit unter anderem auf die Berliner Umweltzone und das Klimabündnis mit Betrieben aus der Hauptstadt.

Nichtsdestotrotz stellt die „Gemeinsame Erklärung der Bürgermeister“ folgende drei Kernforderungen an die Ergebnisse des Kopenhagener Klimagipfels:

1. Ein klareres Engagement der führenden Industriestaaten sowie ein eindeutiges Bekenntnis der USA zu Reduktionsverpflichtungen bis 2020.

2. Die Übernahme einer gemeinsamen Verantwortung – auch die großen Schwellenländer wie Brasilien und Indien müssen sich zu Reduktionen verpflichten.
3. Die Schaffung einer weltweiten Umwelt-Organisation zur Kontrolle.

Berlin - Kopenhagen: Klimaschutzziele lokal und global umsetzen

Berlin nimmt als Mitglied der deutschen Delegation an der Weltklimakonferenz in Kopenhagen teil und Senatorin Katrin Lompscher wird Berlin auf dem Bürgermeistergipfel vom 14. bis 17. Dezember in Kopenhagen vertreten und beispielhafte Projekte der Berliner Klimaschutzpolitik vorstellen. Ziel der 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention und der 5. Vertragsstaatenkonferenz des Kyoto-Protokolls ist der Abschluss eines umfassenden Klimaschutzabkommens für die Zeit nach 2012.

Der Copenhagen Climate Summit for Mayors auf Einladung von Kopenhagen und der Städtenetzwerke C40 und ICLEI wird vom 14. bis 16. Dezember während der Verhandlungen der aktiven Rolle der Städte für den Klimaschutz Nachdruck verleihen. Den Städten kommt beim Kampf gegen den Klimawandel eine besondere Verantwortung zu. Als soziale und wirtschaftliche Ballungszentren mit über der Hälfte der Weltbevölkerung verbrauchen sie 75 Prozent der Energie und sind Hauptproduzenten der klimaschädlichen Treibhausgase. Die Städte setzen sich deswegen für eine rechtsverbindliche internationale Übereinkunft zum Klimaschutz im Ergebnis der Weltklimakonferenz von Kopenhagen ein.

„Die Ergebnisse von Kopenhagen werden auch den Rahmen setzen für die weitere Klimaschutzpolitik Berlins“, sagte Senatorin Katrin Lompscher im Vorfeld ihrer Teilnahme an den Verhandlungen. „Was global verabredet wird, muss lokal umgesetzt werden. Berlin hat sich auf die Senkung der CO₂-Emissionen um mehr als 40 Prozent bis zum Jahr 2020 verpflichtet. Dieser Verpflichtung werden wir u.a. mit unserem Berliner Klimaschutzgesetz Rechnung tragen. Ohne einen ordnungsrechtlichen Rahmen für den klimaschonenden Strukturwandel in allen relevanten Energieverbrauchssektoren werden die Klimaschutzziele, die auf der Weltklimakonferenz in Kopenhagen vereinbart werden, nicht umsetzbar sein. Berlin ist hier auf dem richtigen Weg. Als Bundeshauptstadt betreibt Berlin seit Jahren mit seinen Landesprogrammen eine aktive Energie- und Klimaschutzpolitik.“

European Green City Index: Kopenhagen ist „grünste Metropole“

Die Siemens AG hat in Kooperation mit Economist Intelligence Unit (EIU) den European Green City Index veröffentlicht. 30 Metropolen aus 30 europäischen Ländern wurden dafür auf ihre Leistungen und Ambitionen beim Umwelt- und Klimaschutz in den 8 Kategorien CO₂-Emissionen, Energieversorgung, Gebäude, Verkehr, Wasser, Luftqualität, Abfall und Landnutzung sowie Umweltmanagement untersucht.

Demnach ist Kopenhagen die „grünste Metropole“ Europas, gefolgt von Stockholm und Oslo. Danach folgen Wien und Amsterdam. Berlin kann in dem Ranking den achten Platz für sich beanspruchen. Fast alle untersuchten 30 Städte, die zusammen knapp 75 Millionen Einwohner haben, würden bei den CO₂-Emissionen pro Kopf unter dem EU-Durchschnitt von 8,5 t liegen. Hier liegt Oslo mit 2,2 t CO₂ pro Kopf vorne. Erneuerbare Energien tragen in den Städten derzeit nur zu rund 7 Prozent zur Energieversorgung bei, weniger als ein Fünftel des Abfalls werde recycelt und jeder 4. Liter Wasser gehe durch undichte Leitungen im Wassernetz verloren.

Die Studie stützt sich, wo möglich, auf Daten aus offiziellen Quellen wie statistischen Ämtern oder Stadtverwaltungen. Zudem beschreibt sie die Stärken und Schwächen jeder Metropole und stellt beispielhaft Initiativen und Projekte vor, von denen andere Städte lernen können.

KfW vermeldet Förderrekord im Programm „Energieeffizient Bauen und Sanieren“

Noch nie war energieeffizientes Bauen und Sanieren so gefragt wie in diesem Jahr – das lässt sich zumindest aus den Zahlen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) schließen, die 2009 in diesem Bereich so viele Förderkredite wie nie zuvor vergeben hat.

Bis zum 30.11.2009 vergab die KfW bereits über 200.000 Kredite mit einem Fördervolumen von insgesamt über 8 Milliarden Euro. Für den CO₂-Ausstoß bedeuten diese Zahlen eine dauerhafte Minderung um rund 1,3 Millionen Tonnen.

Durch die Investitionen seien laut KfW außerdem rund 270.000 Arbeitsplätze für mindestens ein Jahr gesichert worden.

Als Grund für die gute Annahme der Förderung nennt die

KfW sowohl die Straffung der eigenen Programmstruktur als auch die Einführung des „KfW-Effizienzhauses“ als eigenständige Marke, die Energieeffizienz auch für den Laien verständlich macht. Seit Beginn des Jahres lässt sich mittels des „KfW-Effizienzhaus“ Systems auf einen Blick erkennen, wie viel ein „Effizienzhaus“ im Vergleich zu einem nur durchschnittlichen Neubau verbraucht. Ein „Effizienzhaus 70“ benötigt demnach also nur 70 Prozent der Jahresprimärenergie eines normalen Neubaus.

Seit 2001 hat die KfW in ihren Programmen für energieeffizientes Bauen und Sanieren Kredite und Zuschüsse in Höhe von insgesamt 30 Milliarden Euro vergeben.

Wirtschaftskrise bremst Energieeffizienz aus

Laut einer neuen Umfrage der Deutschen Energie-Agentur (dena) hat die aktuelle Wirtschaftskrise geringere Investitionen in Energieeffizienz zur Folge. So betrage der Anteil der produzierenden Unternehmen die in energiesparende Maßnahmen investieren nur noch 30 Prozent.

Für die Studie im Rahmen der „Initiative Energieeffizienz“ wurden insgesamt 500 technische und wirtschaftliche Entscheidungsträger von Unternehmen aus Industrie und produzierendem Gewerbe befragt.

Das überraschende Ergebnis: Obwohl die Investitionen derzeit sinken, ist der Stellenwert der Energieeffizienz für fast jedes dritte Unternehmen gestiegen. Die Industrie hofft auf ein Ende der Krise – erst dann wären laut Umfrage über 60 Prozent der Unternehmen dazu bereit in energiesparende Maßnahmen zu investieren.

„Die Unternehmen rechnen mit steigenden Strompreisen und suchen nach Lösungen, um Kosten zu sparen. Dabei wollen sie verstärkt auf Energieeffizienz setzen, auch wenn sie zur Zeit noch nicht die Mittel dafür aufbringen können“, erklärt Steffen Joest, Bereichsleiter bei der dena.

Die Umfrage ergab aber auch: Wer bereits etwas getan hat, profitiert schon jetzt deutlich. Sogar kleine Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern konnten durch Investitionen in Energieeffizienz Einsparungen von durchschnittlich 17 Prozent erzielen. Dennoch investieren mit einem Anteil von 22 Prozent vergleichsweise wenig kleine Unternehmen in Energiesparmaßnahmen. Bei großen Unternehmen und Betrieben mit hohen Energiekosten liegt der Anteil mit 60 Prozent deutlich höher. Besonders hohe Einsparungen erzielte hier der Maschinenbau.

Alle Ergebnisse der Umfrage unter www.industrie-energieeffizienz.de

Neues dena-Infoportal hilft Kommunen beim Energiesparen

Deutschlands Kommunen müssen sich zukünftig mit weitreichenden Klimaschutzanforderungen auseinandersetzen. Hierbei unterstützt sie ein neues Internetportal der Deutschen Energie-Agentur (dena).

Mitarbeiter von Städten und Gemeinden können ab sofort unter www.energieeffiziente-kommune.de auf umfangreiche Informationen zu den Themen Gebäude, Verkehr, Stromnutzung, Energiesysteme und Beschaffung zugreifen. Außerdem gibt die neue Seite Tipps zur erfolgreichen Bürgerinformation und -motivation.

Schritt für Schritt begleitet das Portal den interessierten Nutzer von der Analyse von Energieeinsparpotenzialen bis hin zur praktischen Umsetzung. Hierzu kann beispielsweise die Sanierung einer Schule oder der Einsatz von Contracting gehören.

Darüber hinaus gibt das Infoportal einen Überblick über mögliche Förderprogramme und bietet auch einige Praxisbeispiele.

Studie: Rechtskonzepte für energieeffizientere Gebäude

Die vom Umweltbundesamt (UBA) veröffentlichte Studie „Rechtskonzepte zur Beseitigung des Staus energetischer Sanierungen im Gebäudebestand“ untersucht, ob und inwieweit sich aus den Bestimmungen des BGB zur Wohnungsmiete angemessene Anreize, aber auch rechtliche Hemmnisse für die energetische Gebäudesanierung ergeben.

Erforscht wurde zudem, mit Hilfe welcher Änderungen des geltenden Wohnungsmietrechts diese Hemmnisse behoben und stattdessen deutliche Impulse für die energieeffiziente Gebäudesanierung im Mietwohnungsbestand gesetzt werden können.

Als Lösungsvorschläge zur Anreizverbesserung werden u.a. die Berücksichtigung energetischer Kriterien bei der ortsüblichen Vergleichsmiete, Entfallen der Mietminderung bei energetischen Verbesserungen, Alternativen zur Modernisierungumlage nach § 559 BGB und ein an die Heizkostensparnis gekoppelter energetischer Pauschal-

zuschlag genannt.

Hemmnisse könnten laut Studie u.a. dadurch abgebaut werden, dass die mieterseitige Duldungspflicht für Maßnahmen entfällt, mit denen gegen bestimmte Vorgaben aus der EnEV verstoßen würde oder die sonst erheblich zur Erhöhung der Treibhausgasemissionen beitragen.

Krankenhaus Bethel Berlin auf dem Weg zum „Green Hospital“

Krankenhäuser sind wahre „Energiefresser“: Im Durchschnitt werden pro Jahr und Bett rund 35.000 kW Energie verbraucht – soviel wie zwei neuere Einfamilienhäuser. Das Krankenhaus Bethel Berlin will daran arbeiten und macht sich auf dem Weg zum „Green Hospital“ und will Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß deutlich senken.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat das Bethel Krankenhaus nicht nur ein Blockheizkraftwerk (BHKW) installiert, sondern auch die Kältemaschinen erneuert und auf energiesparende Beleuchtung gesetzt. Modernisiert wurden zudem die Raumluftechnischen Anlagen die für den OP-Bereich benötigt werden, sowie die Trinkwarmwasserbereitung.

Das neu in Betrieb genommene BHKW hat eine elektrische Leistung von 48 kW und eine thermische Leistung von 97 kW. Es unterstützt in der Wärme-Grundlastversorgung die beiden existierenden Erdgas-Brennwertkessel mit einer Gesamtleistung von 1.500 kW. Der vom BHKW produzierte Strom wird ins Ortsnetz eingespeist und entsprechend vergütet. Insgesamt werden durch das BHKW rund 150 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr eingespart.

Bei der Wärmeversorgung werden zukünftig die Gasag Wärme Service GmbH (GWS) und die Berliner Energieagentur zusammenarbeiten. Weitere Einsparpotenziale soll ein weiterer Energiedienstleister im Rahmen eines Energiespar-Contracting erschließen. Das Ausschreibungsverfahren hierfür ist bereits angelaufen.

Das Krankenhaus Bethel hat bei all diesen Schritten auch das BUND-Gütesiegel „Energie sparendes Krankenhaus“ im Fokus. Dieses Siegel tragen bundesweit nur 28 Kliniken. In Berlin stehen bereits acht von ihnen. Um das Gütesiegel zu erhalten, muss unter anderem der CO₂-Ausstoß um 25 Prozent gesenkt werden.

Berlins Umwelt- und Gesundheitssenatorin Katrin Lompscher freut sich gleich doppelt: „Ich freue mich über das Engagement des Krankenhauses im Klima- und im

Umweltschutz. Qualitätsmanagement gehört in Kliniken schon länger zum Standard. Beim Umweltmanagement ist dies noch nicht durchgängig der Fall. Das Krankenhaus Bethel ist hier vorbildlich; durch eine rationellere Energiebewirtschaftung werden die Kosten gesenkt. Das kommt nicht nur dem Klima zu Gute, sondern dient am Ende auch dem Wohl der Patientinnen und Patienten.“

Große Solarprojekte in Berlin gestartet

Die Solarenergienutzung in Berlin wird zügig ausgebaut. Dies zeigt sich nicht zuletzt durch zwei neue Solarprojekte in der Hauptstadt.

So befindet sich die größte Solarbaustelle Berlins momentan auf den Dächern der Max-Schmeling-Halle im Bezirk Pankow. Ab 2010 soll die legendäre Arena 100 Haushalte mit Strom versorgen. Hierfür wird die Anlage rund 210 Megawattstunden umweltfreundlichen Strom produzieren, welcher vollständig ins öffentliche Netz eingespeist werden soll.

Schon jetzt sind mehr als 1000 Solarmodule auf einer Fläche von 8000 Quadratmetern installiert. Bauherr ist die Berliner Energieagentur (BEA).

In Adlershof wird derweil fleißig an Berlins erstem Biogas-BHKW gearbeitet, das am 16. Dezember in Betrieb genommen werden soll. Das dann produzierte Biogas soll dazu beitragen, die Photovoltaikproduktion der Solon SE mit CO₂-neutraler Energie zu versorgen.

Das Besondere an dem neuen BHKW: Es befindet sich in einer Umhausung mit verglaste Front und ist somit vom angrenzenden Ernst-Ruska-Ufer gut zu sehen. Hier kann man also auch beim sonntäglichen Spaziergang anschaulich erleben, wie ökologische Strom- und Wärmeerzeugung aussehen kann.

Unterwegs mit Bio-Erdgas

Im Rahmen des EU-Projekts MADEGASCAR (Market development für gasdriven cars) können die Projektpartner, die Berliner Energieagentur GmbH und die GASAG, auf Erfolge zurückblicken. Ziel des Projektes ist es, die Marktentwicklung von erdgas- und bio-erdgasbetriebenen Fahrzeugen und die zunehmende Nutzung von alternativen Treibstoffen zu unterstützen.

Im September 2009 nahm die GASAG die erste von insgesamt 15 geplanten Biogasanlagen im brandenbur-

gischen Rathenow in Betrieb. Es ist die erste Anlage in der Region, die Biogas aufbereitet und das entstandene Bio-Erdgas in das Ergasnetz einspeist. Seit dem 15. September 2009 wird an allen Erdgas-Tankstellen der GASAG in und um Berlin Erdgas mit einem Bio-Erdgasanteil von 20 Prozent angeboten.

Die Berliner Energieagentur GmbH ist Herausgeber einer Broschüre über Bio-Erdgas, die dieses Vorhaben öffentlichkeitswirksam unterstützt. Die Broschüre bietet Informationen über die Herstellung von Bio-Erdgas sowie über die Vorteile des Gases im Vergleich zu anderen Kraftstoffen. Sie wurde u.a. an den Bio-Erdgas-Tankstellen und der IAA - Internationale Automobil-Ausstellung 2009 Interessierten zur Verfügung gestellt.

Im September trafen sich die europäischen MADEGAS-CAR-Teilnehmer in Berlin. Gemeinsam besichtigten sie die Biogasanlage in Rathenow und besprachen anschließend die Fortschritte der Projekte in den jeweiligen Regionen. Die Gasag und die Berliner Energieagentur bieten demnächst einen regionalen Workshop an, der die hiesigen Logistik- sowie Flottenunternehmer über Erdgas und die Vor- und Nachteile von Bio-Erdgas als Kraftstoff informiert.

Bei der internationalen Abschlusskonferenz („On the Road with CNG and Biomethane“) im Februar 2010, in Kooperation mit der 3. Erdgas-Konferenz in Prag, werden die Projekt-Teilnehmer die Ergebnisse ihrer Initiativen zur Steigerung des Anteils erdgas- und bio-erdgasbetriebener Fahrzeuge auf den Straßen Europas diskutieren.

Kraft-Wärme-Kopplung als intelligente Energie-Versorgung in der Wohnungswirtschaft

Tausende von Heizkesseln im Altbau sind nicht mehr auf dem Stand der Technik. Zugleich schreibt der Gesetzgeber mit dem Erneuerbaren-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) die anteilige Nutzung von Erneuerbaren Energien vor.

Investitionen in moderne Heizungsanlagen sind notwendig. Gerade für Berliner Wohnungsunternehmen bietet sich hier die Kraft-Wärme-Kopplung mit ihren vielfältigen Anwendungsbereichen an. Detaillierte Informationen über rechtliche und technische Rahmenbedingungen für Nah- und Fernwärmelösungen bietet die Internetseite www.kwk-modellstadt-berlin.de. Interessierte können sich unter der Rubrik „Aktuelles“ Materialien herunterladen, die im Rahmen von zwei Informationsveranstaltungen

im Oktober veröffentlicht wurden.

Zusammen mit dem Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) hatte die Initiative KWK Modellstadt Berlin die Veranstaltungen im Oktober für Vertreter von Wohnungsunternehmen organisiert. Die Veranstaltungen vermittelten umfangreiche Informationen zu politischen, rechtlichen und technischen Fragen. Bei der Vorstellung der Praxisbeispiele wurde die Bandbreite der Einsatzmöglichkeiten für Blockheizkraftwerke und Fernwärme deutlich.

Aktuelles Infomaterial unter www.kwk-modellstadt-berlin.de

Berliner Weihnachtsbäume sollen 3000 Tonnen CO2 einsparen

Erst erwärmen sie das Herz mit ihrem Lametta, Kugeln und Licht - dann heizen sie das heimische Wohnzimmer: Die Rede ist von Berliner Weihnachtsbäumen. Mittels einer Klimaschutz-Kooperation von Vattenfall und der Berliner Stadtreinigung (BSR) soll durch das Verbrennen von Christbäumen Energie gespart und CO2 vermieden werden.

Hierfür will die BSR vom 11. bis 23. Januar rund 400.000 Bäume aus Berliner Haushalten einsammeln. Diese werden daraufhin zu circa 2.700 Tonnen Holzhackschnitzeln verarbeitet und anschließend in Heizkraftwerken von Vattenfall verbrannt.

Hierdurch spart Vattenfall rund 2.000 Tonnen Kohle und damit nach eigenen Angaben rund 3.000 Tonnen CO2 ein. Berlins Weihnachtsbäume können somit rund 700 Haushalte ein Jahr lang mit Strom und Wärme versorgen.

Termine

19. Januar 2010:

17. Handelsblatt Jahrestagung Energiewirtschaft

26. Januar 2010:

3. Deutsche Wärmekonferenz

Eine Veranstaltung des Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik e.V (BDH)

27. Januar 2010:

Energieeinsparverordnung 2009 (EnEV) – Auswirkungen auf Eigentümer von Mietwohnhäuser

Vortragsveranstaltung

27. Januar 2010:

Nacht der Unternehmen

Exkursionen unter dem Motto „Berlin – Eine Stadt voll Energie“

11. Februar 2010:

BDEW-Infotag „Neues Energierecht kompakt“

15. Februar 2010:

Regenerative Energietechnik: Holzfeuerungsanlagen

Vierter Teil der Seminarreihe „Regenerative Energietechnik“ für berufserfahrene Architekten und Planer sowie Absolventen und Berufseinsteiger

24. Februar 2010:

„Kommunen aktiv für den Klimaschutz“

3. Fachkonferenz des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

22. März 2010:

2. Deutsch-Amerikanische Energietage

10.-12. Mai 2010:

11. Berliner Energietage

Die Tagung und Messe zum Thema Energieeffizienz in Deutschland